

Unsere Krankenhäuser verbluten

Die Kolleginnen und Kollegen haben es geschafft: Nach acht Wochen Streik gibt es nun auch für die rund 70.000 Ärztinnen und Ärzte an kommunalen Krankenhäusern einen eigenen Tarifabschluss mit besseren Konditionen in den Bereichen Arbeitsschutz und Vergütung. Das ist ein großer Erfolg für die Ärzteschaft und eine dringend notwendige Anerkennung für unsere Arbeit. Unsere Forderungen waren mehr als gerechtfertigt. Deshalb sollten wir uns nun auch von keiner Seite ein schlechtes Gewissen einreden lassen, dass der Tarifabschluss eine Existenz gefährdende Belastung für die Kliniken sei. Unsere und die Arbeit unserer nicht-ärztlichen Kolleginnen und Kollegen an den Krankenhäusern muss angemessen bezahlt werden. Und die Kliniken müssen dies über ihre Einnahmen auch finanzieren können – doch das ist es, woran es hapert.



Dr. Theodor Windhorst,
Präsident der Ärztekammer
Westfalen-Lippe

Die deutschen Krankenhäuser werden von der Bundesregierung systematisch ausgehungert, augenscheinlich in der Hoffnung, dass viele von ihnen ausgezehrt auf der Strecke bleiben. Anders kann man die Strategie der Politik kaum interpretieren. Rund die Hälfte der Kliniken schreibt schon jetzt rote Zahlen: Neue Aufgaben, hohe Kostensteigerungen, aber nur geringe, gesetzlich festgelegte Zuwachsraten haben in den letzten Jahren ihr Werk getan. Erschwerend kommt hierzulande hinzu, dass Nordrhein-Westfalen unter allen Bundesländern an vorletzter Stelle in der Investitionsförderung liegt.

Doch anscheinend verbluten unsere Kliniken nicht schnell genug. Deshalb wird nun noch draufgelegt: Ohne Sinn und Verstand soll den Krankenhäusern ein Prozent ihres Budgets als „Sanierungsbeitrag“ verweigert werden. Hunderte Millionen werden in die verlängerte Anschubfinanzierung für die Integrierte Versorgung und neu für die hoch spezialisierten Leistungen fließen. Mit 500 Millionen wird die Erhöhung der Mehrwertsteuer zu Buche schlagen... Die Liste ließe sich fortsetzen. Dem steht eine „großzügige“ gesetzliche Steigerung von 0,63 Prozent der Krankenhausbudgets, gleich 300 Millionen Euro insgesamt, gegenüber. Man muss kein Kaufmann sein um sagen zu können: Das kann nicht funktionieren. Zahlreiche Häuser werden aufgeben müssen. Das ist das Ende einer flächendeckenden Versorgung, die Patientenversorgung findet künftig nur noch an wenigen großen, zentralen Kliniken statt.

Dieser Absicht müssen wir unser klares „Nein“ entgegenhalten. Um eine vernünftige Versorgung unserer Patienten und um unsere Arbeitsplätze an den Kliniken werden wir in naher Zukunft genauso kämpfen müssen wie um die Tarifabschlüsse in diesem Jahr. Widerstand gegen Unsinn ist die erste Bürgerpflicht – wir sind erprobt darin.

KVWL-Vertreterversammlung „Historische Chance“ für Reform der ärztlichen Vergütung	8
<hr/>	
4. Nationaler Protesttag Flagge zeigen in Berlin!	11
<hr/>	
ÄKWL gegen Bürokratie Belastungen in Praxis und Krankenhaus beenden	12
<hr/>	
Fachkunde Strahlenschutz Letzte Übergangsfristen laufen ab	13
<hr/>	
Serie Leichenschau und Todesbescheinigung: Liquidation nach GOÄ	15
<hr/>	
Selbstverwaltung Hauptausschuss hat seinen Platz gefunden	17
<hr/>	
KVWL im Gespräch Der Frust der Basis	49
<hr/>	
Projekt EUREGIO MRSA-net Twente/Münsterland	51
<hr/>	
Magazin Informationen aktuell Leserbriefe Persönliches Ankündigungen der Akademie für ärztliche Fortbildung der ÄKWL und KVWL Bekanntmachungen der ÄKWL Bekanntmachungen der KVWL Impressum	4 50 53 20 56 60 63